

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung am Montag, dem 27.11.2023 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:16 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Allendorf, Julian, Dr.
Bolte, Rainer
Brambrink, Markus
Gochermann, Josef, Prof. Dr.
Kleerbaum, Klaus-Viktor
Klöpper, Hendrik
Lenter, Andreas
Mondwurf, Günter
Schulze Eskin, Werner
Wenning, Thomas, Dr. Vertretung für Herrn
Claus Löcken
Wessels, Wilhelm
Willms, Anna Maria Vertretung für Herrn
Michael Merten

FDP-Kreistagsfraktion

Schürkötter, Ingo Robert

UWG-Kreistagsfraktion

Kirstein, Günter, Dr.

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Geuking, Niels

beratende Mitglieder

Hams, Burkhard

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Brochtrup, Kathrin
Kraft, Ulrich
Mühlenbäumer, Sarah
Niermann, Ursula Elisabeth
Vogelpohl, Norbert

SPD-Kreistagsfraktion

Ley, Claudia
Pohlschmidt, Anke
Tasler, Matthis
Vogt, Hermann-Josef Vertretung für Herrn
Johannes Waldmann

Verwaltung

Tepe, Linus, Dr.
Grotke, Jutta
Beck, Stephan
Raabe, Mathias
Wilmer, Simon
Volmer, Heinrich
Daldrup Kathrin
Schriftführerin
Lügering, Jannik
Schriftführer

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Josef Gochermann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Die sachkundige Bürgerin Brochtrup sowie der sachkundige Bürger (s.B.) Klöpffer werden vom Ausschussvorsitzenden Prof. Dr. Gochermann verpflichtet.

Vor Beginn der Beratungen wird der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 22.11.2023 zum Tagesordnungspunkt 5 „Beteiligungsbericht 2022 des Kreises Coesfeld“ aufgerufen. Ktabg. Vogelpohl erklärt, dass die Vorberatung innerhalb der Fraktion nicht möglich gewesen sei, da der Beteiligungsbericht zu kurzfristig zur Verfügung gestellt worden sei. Ktabg. Kleerbaum schlägt vor, die Beratung auf den Kreisausschuss oder Kreistag zu vertagen. AL Grotke weist darauf hin, dass bei der Erstellung des Beteiligungsbericht ein „Interessenskonflikt“ bestehe. Auf der einen Seite wolle man den Beteiligungsbericht rechtzeitig zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite sei es das Ziel, möglichst aktuelle Daten zur Verfügung zu stellen. Der Kreis Coesfeld sei bei der Erstellung auf die Jahresabschlüsse der Beteiligungen angewiesen. Ktabg. Vogelpohl sichert zu, innerhalb der Fraktion zu beraten, wie künftig mit dieser Problematik umgegangen werden solle. Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt auf den Kreistag zu vertagen.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Sachstandbericht zur Verwaltungsdigitalisierung
Vorlage: SV-10-1092
- 2 Rahmenkonzept zur Personalentwicklung
Vorlage: SV-10-1095
- 3 Implementierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung beim Kreis Coesfeld
Vorlage: SV-10-1026
- 4 Bericht über die Revision des Handbuchs zum Steuerrechtlichen Kontrollsystem (Tax Compliance Management System) sowie über weitere Aktualisierungen der Dienst- und Geschäftsanweisung für das Finanzwesen des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-10-1027
- 5 Beteiligungsbericht 2022 des Kreises Coesfeld **zurückgestellt**
Vorlage: SV-10-1083
- 6 Ausländerbehörde stärken und optimieren; Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und SPD vom 14.11.2023

Vorlage: SV-10-1102

7 Entwurf Haushalt 2024
Vorlage: SV-10-1024

8 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

1 Erwerb einer Grundstücksfläche in Dülmen für die Errichtung einer Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ)
Vorlage: SV-10-1096

2 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

3 Anfragen der Ausschussmitglieder

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-1092

Sachstandbericht zur Verwaltungsdigitalisierung

Verwaltungsmitarbeiter Herr Wilmer berichtet eingangs anhand der als Anlage 1 beigefügten Powerpoint-Präsentation zum aktuellen Sachstand der Verwaltungsdigitalisierung.

Auf die Frage von Ktabg. Pohlschmidt erklärt Herr Wilmer, dass ein Fachverfahren jeweils eine spezielle Software sei, mit dem in den Abteilungen gearbeitet werde. Es diene damit zur Abbildung der speziellen Geschäftsprozesse innerhalb der jeweiligen Abteilungen. Zum Beispiel erfasse die Ausländerbehörde die Personendaten in einem eigenen Fachverfahren.

In Bezug auf den KGSt-Vergleichsring fragt Ktabg. Niermann nach, ob nicht bei allen Ausländerbehörden aufgrund der gleichen Aufgaben auch die gleichen Arbeitsweisen angewendet würden. MA Wilmer erklärt, dass aufgrund der Selbstverwaltungsgarantie jede Behörde selber die Strukturen im eigenen Hause festlegen könne und sich dadurch viele unterschiedliche Strukturen ergeben würden. Die Münsterlandkreise seien gut vernetzt und die Strukturen daher ähnlich. Deutschlandweit gebe es schon deutlich größere Unterschiede und dadurch andere Probleme oder auch Erfolge bei der Verwaltungsdigitalisierung. Der regelmäßige Austausch im KGSt-Vergleichsring sei somit wichtig.

Ktabg. Mondwurf möchte wissen, ob durch die Verwaltungsdigitalisierung in den nächsten drei bis vier Jahren Personaleinsparungen möglich seien.

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass durch die Verwaltungsdigitalisierung beispielsweise künftig weniger Daten händisch eingegeben werden müssten und dadurch Ressourcen bei den Mitarbeitenden frei werden würden. Es käme eher zu einer Verlagerung von Aufgaben als zu Personaleinsparungen. Ziel sei es natürlich effizient zu arbeiten, sodass eine Personaleinsparung auf lange Sicht denkbar sei.

Ktabg. Mondwurf fragt nach mit welcher RPA-Software gearbeitet werde. MA Wilmer antwortet, dass aktuell der Softwareroboter „robbii“ der Firma ciSio GmbH erprobt werde, aber auch andere Softwares in Betracht gezogen werden würden.

Ktabg. Pohlschmidt bedankt sich für den interessanten Vortrag. Anlass des Antrages in Bezug auf die Ausländerbehörde seien konkrete Berichte in anderen Ländern über den Einsatz von Technik in der Ausländerbehörde in Bezug auf Sprache und Daten gewesen. MA Wilmer gibt aus eigenen Erfahrung aus der Ausländerbehörde zu bedenken, dass gerade bei Sprache Vorsicht geboten sei, da eine rechtssichere Übersetzung sichergestellt werden müsse.

Ktabg. Pohlschmidt sehe die Personaleinsparung nicht im Vordergrund, sondern ein anderer Einsatz der Arbeit zur Entlastung und Befreiung anderer Bereiche.

Das beratende Mitglied Herr Hams bedankt sich bei MA Wilmer für den Vortrag. Er habe viele Schlüsselwörter genutzt wie „medienbruchfrei“ und „barrierefrei“, die ihm besonders wichtig seien. Zur Erprobung neuer Prozesse würde der Teilhabebeirat sich auch als Testpersonen zur Verfügung stellen.

Ktabg. Geuking erklärt, dass für die Bürger die Dinge einfacher werden sollen. Zudem würden Personaleinsparungen eher zu Kostenverschiebungen führen. Er sehe es außerdem als wichtig an, dass Elterngeldbeiträge schnell fließen. MA Wilmer erläutert, dass auch dort die Verwaltungsdigitalisierung im Hinblick auf Videoberatung und Terminverwaltung vorangetrieben werde.

Sodann wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-1095

Rahmenkonzept zur Personalentwicklung

Nach den einleitenden Worten von Kreisdirektor Dr. Tepe stellt Abteilungsleiter Beck das Rahmenkonzept zur Personalentwicklung anhand der als Anlage 2 beigefügten Powerpoint-Präsentation vor.

Ktabg. Niermann fragt nach, ob es eine systematische Personalgewinnung auch im Ausland gebe. AL Beck erläutert, dass die Stellenanzeigen noch nicht über die Zeitung im Ausland veröffentlicht würden, aber auf die Social-Media-Kanäle grundsätzlich weltweit zugegriffen werden könne. Zudem seien es gerade im Ausbildungsbereich eher regionale Bewerbungen. Es gebe auch mal Bewerbungen beispielsweise aus Süddeutschland. Die Personen würden allerdings häufig wieder absagen, da sie doch eine Stelle in ihrer Region finden würden.

S.B. Kraft fragt nach, wie mit Mitarbeitenden umgegangen werde, die kündigen. AL Beck erläutert, dass zunächst das Gespräch gesucht werde, um die Ursache für die Kündigung zu besprechen. Nicht alle seien bereit dieses Gespräch zu führen. Häufige Kündigungsgründe seien allerdings Familie, kürzere Wege oder eine bessere Bezahlung für die gleiche Tätigkeit.

Sodann wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-1026

Implementierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung beim Kreis Coesfeld

Beschluss:

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Der Zwischenbericht zur Implementierung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung beim Kreis Coesfeld wird zur Kenntnis genommen. Dem hierzu von der Verwaltung aufgestellten Zeit- und Projektplan (vgl. Anlage 1) wird zugestimmt.

Form der Abstimmung:	offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis:	einstimmig

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-1027

Bericht über die Revision des Handbuchs zum Steuerrechtlichen Kontrollsystem (Tax Compliance Management System) sowie über weitere Aktualisierungen der Dienst- und Geschäftsanweisung für das Finanzwesen des Kreises Coesfeld

Der Bericht über die Revision des Handbuchs zum Steuerrechtlichen Kontrollsystem (Tax Compliance Management System) sowie über eine weitere Aktualisierung der Dienst- und Geschäftsanweisung für das Finanzwesen (DuGA Finanzen) wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-10-1083

Beteiligungsbericht 2022 des Kreises Coesfeld

Beschluss bzw. Beratung zum TOP wurde zu Beginn der Sitzung auf den Kreistag vertagt.

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-1102

Ausländerbehörde stärken und optimieren; Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und SPD vom 14.11.2023**Beschlussvorschlag der Kreistagsfraktionen von CDU und SPD:**

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein externes Organisationsgutachten für die Ausländerbehörde in Auftrag zu geben, damit diese wichtige Behörde für die Zukunft gestärkt und optimiert wird. Dabei sollen auch die Einsatzmöglichkeiten von auf künstlicher Intelligenz basierender Sprach- und Übersetzungssoftware geprüft werden. Die notwendigen personellen und finanziellen Mittel sind bereitzustellen.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7 öffentlicher Teil

SV-10-1024

Entwurf Haushalt 2024

Kreisdirektor Dr. Tepe fasst eingangs die wesentlichen Punkte der Änderungsliste 1/2024 zusammen. Im Ergebnis- und Finanzplan im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit seien verschiedene Ansatzänderungen bzw. übliche Verschiebungen in den einzelnen Budgets zu verzeichnen. Bei der Landschaftsumlage führe die Herabsetzung des Hebesatzes um 0,15 %-Punkte zu einer Reduzierung der Zahllast in Höhe von rd. 550.000 €. Im Ergebnis könne zwischenzeitlich der Hebesatz für die Kreisumlage allgemein um 0,51 %-Punkte gegenüber dem Entwurf gesenkt werden. Der Hebesatz für die Kreisumlage Mehrbelastung Jugendamt müsse leicht angehoben werden. Beim Finanzplan für den Bereich der Investitionstätigkeit weist Kreisdirektor Dr. Tepe auf die Veränderungen beim Projekt Bürgerlabor Mobiles Münsterland hin.

Sodann erklärt Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Gochermann die spezielle Rolle des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung im Haushaltsplanberatungsverfahren. Der Ausschuss habe über die von den Fachausschüssen empfohlenen Änderungen (vgl. Änderungsliste 1/2024) zu beschließen. Zudem sei der Ausschuss für bestimmte Produktgruppen (vgl. Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 der Sitzungsvorlage) originär zuständig.

Auf Nachfrage von Ktabg. Niermann erklärt AL Beck, dass der Personalaufwand in Produktgruppe 02.01 - Gleichstellung (Budget 4) ggf. aufgrund eines Personalwechsels bei der organisatorischen Betreuung des runden Tisch sinke. Er könne den Sachverhalt gerne prüfen. Bei der Stellenbesetzung mit Frau Herbstmann und Frau Müller liege keine Veränderung vor.

Sodann wird der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 22.11.2023 zum Thema Pensionsrückstellungen beraten. Ktabg. Vogelpohl erläutert eingangs, dass ein Teil des Geldes hier im Kreis Coesfeld verbleiben bzw. investiert werden solle. Zur Stärkung des hiesigen Wohnungsmarktes solle ein Teil der Rückstellungen in sozialen Wohnungsbau investiert werden. Ktabg. Schürkötter ist der Meinung, dass andere, solide und nachhaltige Anlagenformen genutzt werden sollten. Die Kernkompetenz der Verwaltung sei die Erbringung von Dienstleistungen und nicht Immobiliengeschäfte bzw. Wohnungsbau. Der Aufwand für die Betreuung bzw. Umsetzung eines solchen Projektes sei zu groß. Ktabg. Geuking merkt kritisch an, dass ein Konflikt zwischen sozialem Wohnungsbau und möglicher Rendite entstehe, wenn selbst große Konzerne wie Vonovia in aktuellen Zeiten einen Quadratmeterpreis von 20 Euro anbieten müssten, um rentabel zu sein. Auch Ktabg. Klerbaum sieht den Zeitpunkt kritisch. Das Risiko sei zu groß. Kreisdirektor Dr. Tepe erklärt, dass ein solche Anlageform nach der Anlagerichtlinie grundsätzlich möglich sei. Die Investition in Immobilienfonds mit dem Schwerpunkt sozialer Wohnungsbau sei nach Rücksprache mit den Fondsanbietern allerdings eher nicht rentabel. Bei der Wohnanlage Lüdinghausen handele es sich um ein singuläres Projekt auf einem Grundstück des Kreises Coesfeld. Im Übrigen handele es sich bei der Schaffung von Wohnraum um eine Aufgabe der Städte und Gemeinden. Ktabg. Vogelpohl merkt an, dass das Projekt am Nottengartenweg in Lüdinghausen durch eine Wohnungsbaugesellschaft begleitet werde. Insofern müsse der Kreis nicht zwingend jegliche Kompetenzen für Immobiliengeschäfte aufweisen können. Es solle zunächst ein mögliches Konzept für ein solches Projekt erstellt werden. Sodann lässt Ausschussvorsit-

zender Prof. Dr. Gochermann über den Antrag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung erstellt ein Konzept, nach dem ein Teil der erforderlichen Investitionen des Kreises für Pensionsrückstellungen in Form von eigenwirtschaftlich und nachhaltig erstelltem Wohnraum mit sozialer Bindung vorgenommen wird

Abstimmungsergebnis:

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
 Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
 19 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Bzgl. der Ifd. Nr. 24 der 1. Änderungsliste erläutert MA Raabe auf Nachfrage von Ktabg. Vogelpohl, dass Erträge und Aufwendungen für eine Vorstudie im Bereich Geothermie aufgrund der Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 27.09.2023 veranschlagt worden seien.

Ktabg. Vogelpohl erfragt zudem, weshalb noch keine Fördermittel für das Parkhaus veranschlagt seien. Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass zunächst das Mobilitätskonzept finalisiert werden müsse. Die Fördergelder seien für das Jahr 2024 vergeben, sodass mit einer Förderung und Veranschlagung der Einzahlung in 2025 geplant werde. Da der genaue Betrag, genauso wie bei den Parkgebühren für die Anmietung der Stellplätze, noch nicht bekannt sei, sei noch keine Veranschlagung erfolgt.

Der Antrag zur Förderung einer Machbarkeitsstudie zur Etablierung einer Pyrolyse-Anlage im Kreis Coesfeld wurde bereits im April gestellt, so MA Raabe auf Nachfrage von Ktabg. Vogelpohl bzgl. der Ifd. Nr. 25 der Änderungsliste. Bei einer Anfrage im August habe der Projektträger mitgeteilt, dass der Antrag noch keinem Mitarbeitenden zugeteilt sei. Nach der Zuteilung dauere die Bearbeitung neun Monate. Der Projektträger sei ZUG (Zukunft – Umwelt – Gesellschaft gGmbH).

Sodann werden folgende Beschlüsse gefasst.

Beschluss:

1. Die im Entwurf des Haushaltsplanes 2024 ausgewiesenen Jahresergebnisse in den Teilergebnisplänen und die jeweiligen Finanzmittelüberschüsse/-fehlbeträge in den Teilfinanzplänen der jeweiligen Produktgruppen

im Budget 3

<u>Produktgruppen</u>	<u>ab Seite</u>
11.01 Personalwirtschaft	335
11.02 Organisation und Digitalisierung	345
11.03 Informationstechnologie	351
20.01 Haushalt, Finanzcontrolling	363
20.02 Geschäftsbuchhaltung und Zahlungsabwicklung	368
20.03 Vollstreckung und Zentrale Forderungsabwicklung	373
20.05 Liegenschaftsverwaltung	378
20.07 Zentraler Service	397

im Budget 4

<u>Produktgruppen</u>	<u>ab Seite</u>
00.01 Verwaltungsleitung	471
01.01 Büro des Landrats	479
01.02 Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung (hier: ausschließlich für den Bereich Wirtschaftsförderung)	485
01.03 Öffentlichkeitsarbeit, Kreisarchiv	496
01.04 Recht	503
01.05 Kommunalaufsicht	508
01.06 Kreistagsbüro	512
02.01 Gleichstellung	531
08.01 Personalrat	539
14.01 Rechnungsprüfung	547
14.02 Zentrale Vergabestelle und Datenschutz	553
31.01 Zentrale Aufgaben der Polizei	561

im Budget 5

<u>Produktgruppe</u>	<u>ab Seite</u>
21.00 Allgemeine Finanzwirtschaft	571

inklusive der bei den zugehörigen Produkten dargestellten Ziele und Kennzahlen werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

- Die **von den Fachausschüssen empfohlenen Änderungen (siehe Änderungsliste 01/2024)** der Zuschussbedarfe aller übrigen im Entwurf des Haushaltes 2024 ausgewiesenen Produktgruppen werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

Beschlussvorschlag/Empfehlungen an den Kreisausschuss/Kreistag:

- Die im vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2024 im **Budget 5 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ (ab Seite 567)** ausgewiesenen allgemeinen Finanzierungsmittel werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen beschlossen.
- Die im Entwurf vorliegende **Haushaltssatzung (Haushaltsplan Seite H 1 – H 8)** des Kreises Coesfeld für das Haushaltsjahr 2024 mit dem Haushalt und den dazugehörigen Anlagen wird unter Berücksichtigung der sich aus der Beratung ergebenden Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
 Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 5 Enthaltungen

TOP 8 öffentlicher Teil

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates

TOP 9 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Prof. Dr. Gochermann
Ausschussvorsitzender

Lügering
Schriftführer